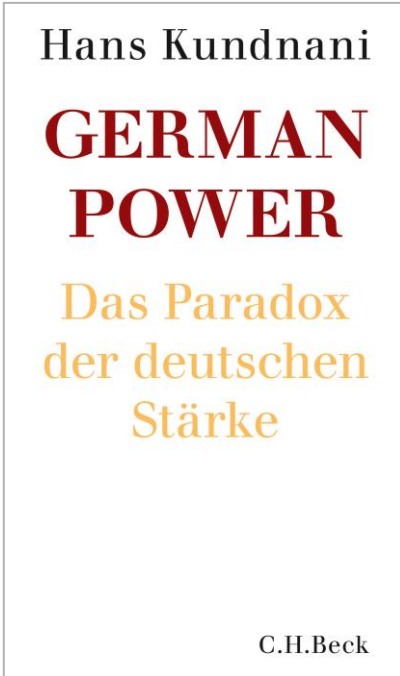


Unverkäufliche Leseprobe



Hans Kundnani
German Power

Das Paradox der deutschen Stärke

207 Seiten. Gebunden
ISBN: 978-3-406-68863-8

Weitere Informationen finden Sie hier:
<http://www.chbeck.de/15999334>

Inhalt

Einleitung: Wiederkehr der Geschichte?	7
1. Die Deutsche Frage.	16
2. Idealismus und Realismus	40
3. Kontinuität und Wandel	63
4. Täter und Opfer	86
5. Wirtschaft und Politik	108
6. Europa und die Welt	133
Schluss: Geoökonomische Halbhegemonie . . .	159
Nachwort zur deutschen Ausgabe	171
Dank	183
Anmerkungen.	185
Personenregister	205

Einleitung

Wiederkehr der Geschichte?

In den letzten beiden Jahrzehnten haben deutsche Historiker die Bundesrepublik der Nachkriegszeit vor allem als Erfolgsgeschichte beschrieben. Sie haben gezeigt, wie aus der Katastrophe von 1945 eine erfolgreiche Demokratie erwuchs, wie das Land Wiedergutmachung für die NS-Vergangenheit leistete und eine liberale politische Kultur entwickelte und wie es Teil eines geeinten und ineinander verflochtenen Europas wurde. Ihren Höhepunkt und ihre Bestätigung erreichte diese Geschichte mit der Wiedervereinigung 1990 – die auf die erste friedliche und erfolgreiche Revolution in der deutschen Geschichte folgte. Das wiedervereinte Deutschland war, wie Heinrich August Winkler es formulierte, «ein postklassischer demokratischer Nationalstaat unter anderen, fest in die atlantische Allianz und die Europäische Gemeinschaft, die werdende Europäische Union, eingebunden».¹ Deutschland hatte damit endgültig seinen Sonderweg verlassen und, so Winkler, den «langen Weg nach Westen» vollendet. Das war sozusagen die deutsche Entsprechung von Francis Fukuyamas Vorstellung vom «Ende der Geschichte».

Deutschlands Verhältnis zum Westen war stets kompliziert und ambivalent gewesen. Viele der zentralen Ideen dessen, was Winkler das «normative Projekt des Westens» genannt hat, stammten von deutschen Aufklärungsdenkern wie etwa Immanuel Kant. Und doch wies die deutsche Geistesgeschichte auch eine eher düstere nationalistische Strömung auf, die im 19. Jahrhundert entstand, immer stärker anti-westlich wurde und

schließlich im Nationalsozialismus und im Holocaust kulminierte – Winkler spricht vom «Gipfelpunkt der deutschen Auflehnung gegen die politischen Ideen des Westens».² Erst nach der Katastrophe des Jahres 1945 wurde Deutschland – oder zumindest seine westliche Hälfte – voll in den Westen integriert und erlangte «westliche Normalität» (Winkler). Deutschland war somit ein Paradox: Es spielte für die Entwicklung des normativen Projekts des Westens eine zentrale Rolle, entwickelte zugleich jedoch auch die radikalste europäische Infragestellung dieses Projekts.³

Was die Wiedervereinigung zur Vollendung dieses «langen Wegs nach Westen» machte, war die Tatsache, dass es sich um eine westliche Lösung der Deutschen Frage handelte. Während des Wiedervereinigungsprozesses hatten manche befürchtet, die sogenannte Berliner Republik werde weniger westlich orientiert sein als die Bonner Republik. Doch zumindest im ersten Jahrzehnt der Einheit bewahrheiteten sich diese Befürchtungen nicht, denn Deutschland bekräftigte seine Bindung an den Westen. Dabei bestand offenbar vor allem zwischen Deutschland und Europa eine symbiotische Beziehung: Die deutsche Wiedervereinigung war nur im Kontext der europäischen Integration möglich und schien den Beweis dafür zu erbringen, dass sich «das deutsche Problem nur unter einem europäischen Dach» lösen lasse, wie Konrad Adenauers berühmte Formulierung lautete. Umgekehrt war die Wiedervereinigung auch ein Katalysator für die weitere europäische Integration und insbesondere für die Einführung des Euro. Im Jahr 2000 konnte Heinrich August Winkler davon sprechen, die Ängste im Hinblick auf Deutschland seien in den zehn Jahren seit der Wiedervereinigung geringer geworden.⁴

Doch mit Beginn der Euro-Krise im Jahr 2010 bedurfte es eines Epilogs zum triumphalistischen Narrativ der deutschen Nachkriegsgeschichte. Die Krise beförderte Deutschland in eine außergewöhnliche – und in der Geschichte der EU beispiellose –

Position. Die gesamte Eurozone blickte auf Deutschland – den größten Gläubiger in einer Krise der Gemeinschaftswährung souveräner Staaten – und erwartete Führungsstärke. Doch aus Angst vor einer «Transferunion» – in der haushaltspolitisch verantwortungsvolle Mitgliedstaaten fiskalisch verantwortungslose Mitgliedstaaten subventionieren – widersetzte sich Deutschland einer Vergemeinschaftung der Schulden und verordnete anderen Staaten in der Eurozone eine harte Austeritätspolitik, um Europa «wettbewerbsfähiger» zu machen. Dieser Ansatz hat die Kluft zwischen Überschuss- und Schuldenstaaten in mancherlei Hinsicht vertieft statt verringert: Während die Arbeitslosigkeit in Deutschland auf den tiefsten Stand seit der Wiedervereinigung gesunken ist, hat sie in den Ländern der sogenannten Peripherie außergewöhnliche Dimensionen erreicht. Die Anpassungskosten der Einheitswährung, so Andrew Moravcsik, hätten in übermäßigem Maße die «Armen und Machtlosen» zu tragen.⁵

Vor dem Hintergrund dieses Aufeinanderprallens von Gläubiger- und Schuldnerstaaten in der Eurozone haben die kollektiven Erinnerungen an Europas Vergangenheit vor 1945 den Diskurs geprägt, sie wurden zugleich aber auch von diesem Diskurs instrumentalisiert. Das drastischste – aber beileibe nicht das einzige – Beispiel dafür sind die gegenseitigen Animositäten zwischen Deutschland und Griechenland.⁶ In Griechenland sind die Erinnerungen an die Besatzungszeit während des Zweiten Weltkriegs, in der das Land, so der Historiker Richard Clogg, «eine der schlimmsten Hungersnöte in der modernen Geschichte Europas» erlebte, noch immer sehr präsent.⁷ Seit Beginn der Krise haben griechische Zeitungen Angela Merkel immer wieder mit Adolf Hitler verglichen. Als Merkel im Oktober 2012 Griechenland besuchte, verbrannten Demonstranten Hakenkreuzfahnen, trugen Naziuniformen und zeigten Transparente mit Parolen wie «Hitler, Merkel – die gleiche Scheiße». 7000 Polizisten waren aufgeboten, um die Bundeskanzlerin zu schützen.⁸ Manche Griechen verlangen wieder Reparationsleis-

tungen – die sich laut einem Regierungsbericht aus dem Jahr 2012 auf 162 Milliarden Euro belaufen.

Angesichts dieser Woge kollektiver Erinnerungen stellt sich die Frage, ob die Geschichte nach Europa zurückgekehrt ist. Oder anders formuliert: Sind einige Grundzüge der internationalen Beziehungen vor 1945 in Europa wieder da? Oder hat die Eurokrise möglicherweise gezeigt, dass sich die internationalen Beziehungen in Europa gar nicht so sehr verändert haben, wie man bisher angenommen hat? Dass es so schwer ist, sich überhaupt nur an die Beantwortung solcher Fragen zu machen, hat auch mit der Schwierigkeit zu tun, gegenwärtige Entwicklungen in Europa auch nur zu artikulieren. Zwar scheint das Gemisch aus visionärer und bürokratischer Sprache, das die EU bestimmt, der Wirklichkeit nicht mehr gerecht zu werden, doch die Sprache der internationalen Beziehungen vor 1945 erscheint vollkommen unangemessen. Gleichwohl bleibt das Gefühl, dass Europas Vergangenheit in gewisser Weise wieder aufgetaucht ist. Der frühere luxemburgische Premierminister und jetzige EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker hat das 2013 so formuliert: «Die Dämonen sind nicht weg, sie schlafen nur.»⁹

Im Mittelpunkt der Geschichte, die offenbar irgendwie nach Europa zurückgekehrt ist, steht die Deutsche Frage. Siebzig Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs ist deutsche Macht – das Thema dieses Buches – wieder Gegenstand intensiver Debatten. 1953 forderte Thomas Mann in einer berühmt gewordenen Formulierung ein «europäisches Deutschland» anstelle eines «deutschen Europas», doch seit Beginn der Krise ist es fast zu einem Gemeinplatz geworden, von einem deutschen Europa zu sprechen, das nunmehr entstehe. Es ist viel über eine tatsächliche oder potenzielle deutsche «Hegemonie» diskutiert worden, und einige wollen sogar die Entstehung einer Art von deutschem «Reich» innerhalb Europas wahrgenommen haben. Während die Demonstranten auf den Straßen Athens Angela Merkel mit

Hitler verglichen, sahen andere in ihrer harten Reaktion auf die Eurokrise eine Neuauflage Bismarck'scher Realpolitik. Eine solche Begrifflichkeit und solche Vergleiche implizieren, dass es Parallelen zum Problem deutscher Macht vor 1945 gibt, doch sie verdecken die Unterschiede zwischen der damaligen und der heutigen Situation. Die dahinter stehende Annahme lautet schlicht, wie der französische Präsident Nicolas Sarkozy 2010 angeblich gegenüber einem Freund äußerte, dass sich die Deutschen «nicht geändert» hätten.¹⁰

Die Deutschen dagegen fühlen sich durch diese Vorstellungen von einer Wiederkehr der Geschichte beleidigt und irritiert. In den Augen der meisten Deutschen ist die Geschichte des Landes vor 1945 für die gegenwärtige Krise in Europa schlicht irrelevant, und manche betrachten die Versuche, Parallelen herzustellen, lediglich als Vorwand für Erpressungsmanöver. Deutsche Politiker, Diplomaten und Beobachter weisen darauf hin, dass Deutschland Lehren aus seiner Geschichte gezogen habe – das sei Teil der Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik. Sie behaupten nicht nur, dass sich die Deutschen geändert hätten, sondern dass sich auch Europa verändert habe. Im Kontext der EU müsse Außenpolitik in gewissem Maße Innenpolitik werden. Oder anders gesagt: Sie sind der Ansicht, es könne gar kein Problem mit deutscher Macht geben, und Begriffe wie «Hege- monie» seien schlicht anachronistisch. Die Diskussion über deutsche Macht verlief deshalb bislang polarisiert. Da man sich nicht darauf verständigen konnte, ob die deutsche Geschichte überhaupt eine Rolle spielt, wurde gar nicht erst wirklich darüber diskutiert, in welcher Hinsicht genau sie relevant sein könnte.

Neben dieser Debatte über deutsche Macht in Europa gab es in den letzten Jahren auch eine Diskussion über Deutschlands Westbindung. Insbesondere seit sich Deutschland bei einer Abstimmung im UN-Sicherheitsrat über ein militärisches Eingreifen in Libyen enthielt und damit auf die Seite der vier

BRIC-Staaten (Brasilien, Russland, Indien und China) stellte, fragten sich manche, ob Deutschland zunehmend versucht sei, sich vom Westen zu lösen und einen «Alleingang zu wagen». Man warf den Deutschen vor, sie würden keine Verantwortung für die Lösung globaler Probleme und die Wahrung westlicher Normen übernehmen, und sie würden Sicherheit lieber konsumieren als produzieren. Deutschland, so erschien es vielen, ging es in erster Linie darum, Autos und Maschinen zu verkaufen – vor allem nach China, zu dem es eine neue «besondere Beziehung» entwickelt zu haben schien. Während man also Deutschland vorwarf, in Europa den starken Mann zu markieren, beklagte man andererseits, außerhalb Europas leiste es keinerlei Beitrag.

Die Kritik der letzten Jahre an der deutschen Politik außerhalb Europas wirft, wie auch die Diskussion um deutsche Macht innerhalb Europas, die Frage auf, inwieweit die Geschichte Deutschlands vor 1945 für die aktuelle Gegenwart von Bedeutung ist. Die deutsche Außenpolitik jenseits von Europa, so scheint es, ist in mancherlei Hinsicht das genaue Gegenteil zu der vor 1945. Insbesondere hat Deutschland einen Bruch mit dem Militarismus vollzogen und lehnt den Einsatz militärischer Gewalt als Mittel der Außenpolitik ab. Wenn Deutschland über Wirtschaftsexporte hinaus für etwas steht, dann für «Frieden». Deutschland betrachtet sich selbst als «postheroische» Gesellschaft. Manche sehen in der Ablehnung militärischer Gewalt eine Ablehnung von Machtprojektion überhaupt. Kurz: Deutschland habe aus seiner Geschichte gelernt. «Die Re-education hat funktioniert!», erklärte mir 2010 der SPD-Politiker Hans-Ulrich Klose.¹¹

Andere hingegen erkannten durchaus Parallelen zur deutschen Außenpolitik während des Kaiserreichs. Einige haben geltend gemacht, Deutschland befinde sich erneut in einer Mittel-lage zwischen West und Ost, auch wenn der Osten in einer globalisierten Welt nicht mehr nur Russland umfasst, sondern

auch Asien und hier insbesondere China. Andere warfen Deutschland vor, es betreibe eine Schaukelpolitik, eine Bismarck'sche Politik wechselnder Allianzen. Wieder andere wollen in der deutschen Jagd nach außereuropäischen Märkten für die eigenen Exporte eine neo-merkantilistische Außenpolitik erkennen. Jeder dieser Begriffe suggeriert auf seine je eigene Art, dass Deutschland sich, zumindest auf außenpolitischem Gebiet, rückwärts bewegt und die Lektionen, die es seit 1945 gelernt hat, wieder vergisst. Macht Deutschland heute also in gewisser Weise kehrt auf seinem «langen Weg nach Westen»?

Um diese schwierigen Fragen zu beantworten, muss man zunächst verstehen, was es mit der Deutschen Frage ursprünglich auf sich hatte – und wie sie nach zwei Weltkriegen beantwortet wurde. In Kapitel 1 werde ich mich deshalb mit der deutschen Außenpolitik von 1871 bis 1945 befassen. Nach der Reichseini-gung 1871 versetzten Deutschlands Größe und Lage – die sogenannte Mittellage – das Reich in die Position einer «Halbhegemonie» in Europa, was für Instabilität im internationalen System sorgte. Anders gesagt: Die Deutsche Frage war struktureller Art. Doch die deutsche Außenpolitik dieser Zeit war auch von Nationalismus und insbesondere von der Vorstellung einer «deutschen Mission» – man könnte sie auch als Ideologie bezeichnen – geprägt. Dieses erste Kapitel erhebt nicht den Anspruch einer originellen neuen Darstellung deutscher Geschichte, sondern will Entwicklungen aufzeigen und Diskussionen über die Deutsche Frage zusammenfassen.

In Kapitel 2 untersuche ich die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland von ihrer Gründung 1949 bis 1990. Zwar war das Jahr 1945 keineswegs die «Stunde Null», die einige darin sehen wollten, aber es markierte zweifellos eine Zäsur – insbesondere in der deutschen Außenpolitik. Die Bundesrepublik gilt zwar häufig als «normative Macht» oder als «Zivilmacht», aber solche Beschreibungen verdecken die Spannungslinien inner-

halb der außenpolitischen Debatten in Westdeutschland. Ich möchte dabei vor allem zwei spezifische Strömungen westdeutscher Außenpolitik in dieser Zeit herausstellen: eine idealistische, die mit Konrad Adenauer und der Idee der Westbindung begann, und eine realistische, die mit Willy Brandt und der Ostpolitik ihren Anfang nahm. Die Bonner Republik stand im Schatten des Kalten Krieges und der NS-Vergangenheit, was der westdeutschen Außenpolitik in dieser Zeit auf unterschiedliche Weise Grenzen setzte.

In den Kapiteln 3 bis 5 frage ich nach der Entwicklung der deutschen Außenpolitik seit der Wiedervereinigung 1990, die, so meine These, im Kontext der Spannungslinien gesehen werden muss, die sich in den vorangegangenen vierzig Jahren herausgebildet hatten. Als die Einschränkungen, mit denen Westdeutschland konfrontiert gewesen war, wegfielen, erlebte die Bundesrepublik Deutschland, so meine Argumentation, eine Mischung aus Kontinuität und Wandel, insofern das wiedervereinte Deutschland seine nationale Identität neu ausrichtete und mit seinem Verhältnis zur NS-Vergangenheit rang. Als Deutschland immer stärker unter Druck geriet, einen Beitrag zur Lösung globaler Probleme zu leisten und vor allem seine Haltung zum Einsatz militärischer Gewalt zu verändern, entwickelte sich seine Außenpolitik auf vielschichtige und mitunter unerwartete Weise. Bestimmt war diese Entwicklung ganz besonders durch einen Wettstreit zwischen den kollektiven Erinnerungen von Deutschen als Tätern und als Opfern. Als die deutsche Wirtschaft im ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts immer stärker exportabhängig wurde, so meine These, wurde die deutsche Außenpolitik immer realistischer.

In Kapitel 6 werfe ich einen Blick auf Entwicklungen seit Beginn der Eurokrise 2010, die sich in meinen Augen weitgehend durch die Veränderungen der nationalen Identität Deutschlands und seiner Volkswirtschaft erklären lassen, welche sich in den zwei Jahrzehnten zwischen Wiedervereinigung und

Ausbruch der Krise vollzogen habe. Die Krise beförderte Deutschland in eine außergewöhnliche Machtposition, die es ihm erlaubte, dem übrigen Europa in hohem Maße die eigenen Präferenzen überzustülpen. Doch statt für Stabilität sorgte der deutsche Umgang mit der Krise für Instabilität in Europa. Überdies ist das Land zwar ökonomisch innerhalb Europas ausgesprochen bestimmend, doch außerhalb Europas bleibt es auffallend zögerlich und zeigt deutlich weniger Ambitionen zur Machtprojektion als Frankreich oder Großbritannien. Deutschland ist erneut ein Paradox.

Meine Schlussfolgerung lautet, dass sich die Deutsche Frage heute in neuer Form wieder stellt. Und wieder ist sie durch ein komplexes Zusammenspiel struktureller und ideologischer Faktoren bestimmt. Innerhalb der EU ist die deutsche Wirtschaft viel zu stark, als dass ihr irgendein Nachbar wie Frankreich gefährlich werden könnte. Doch Deutschland ist anders, als manche glauben machen wollen, kein europäischer Hegemon – und kann es auch gar nicht sein. Vielmehr befindet es sich erneut in einer Position der «Halbhegemonie», die das Land schon zwischen 1871 und 1945 in Europa innehatte – diesmal aber in «geoökonomischer» und nicht in geopolitischer Form. Gleichzeitig ist eine neue Form von deutschem Nationalismus entstanden, der auf Exporten, der Idee des «Friedens» und einem erneuten Gefühl einer «deutschen Mission» beruht – wodurch auch die Fragen nach Deutschlands Verhältnis zum Westen wieder offen sind.

1.

Die Deutsche Frage

Die Einigung Deutschlands hat Europa verändert. Mit der spektakulären Niederlage Frankreichs und der Ausrufung eines geeinten deutschen Reiches im Spiegelsaal von Versailles im Januar 1871 war ein neuer Koloss in der Mitte Europas entstanden. «Wo es vierhundert Jahre lang einen Flickenteppich von Kleinstaaten und noch sieben Jahre zuvor fast vierzig Einzelstaaten gegeben hatte, herrschte jetzt eine einzige Macht.»¹² Deutsche Macht und französische Schwäche erschütterten das europäische Gleichgewicht, das seit dem Ende der Napoleonischen Kriege bestanden und für Frieden in Europa gesorgt hatte. Der britische Premierminister Benjamin Disraeli erklärte in einer berühmt gewordenen Rede vor dem Unterhaus im Februar 1871, die «deutsche Revolution» habe eine «neue Welt» geschaffen. «Das Gleichgewicht der Macht ist völlig zerstört worden», sagte er.¹³

Das Machtgleichgewicht (*balance of power*) als System der internationalen Beziehungen war im Gefolge des Westfälischen Friedens 1648 entstanden. Es beruhte auf der Vorstellung, wenn die Großmächte sich gegenseitig nur ausreichend bedrohten, dann entstehe eine Art Gleichgewicht, das einen allgemeinen Krieg in Europa verhindern werde.¹⁴ Dahinter wiederum stand die Idee der *raison d'état*, der Staatsräson oder des nationalen Interesses, die im Jahrhundert nach 1648 zum Leitprinzip der europäischen Diplomatie wurde. Die Weigerung des revolutionären Frankreich, sich der Gleichgewichtsidee zu beugen, führte zu den Napoleonischen Kriegen. Doch nach Frankreichs Nie-

derlage 1815 wurde das Gleichgewichtssystem wiederhergestellt und im sogenannten Kongresssystem institutionalisiert. Ein Gleichgewicht zwischen den fünf Großmächten – Österreich, Frankreich, Großbritannien, Preußen und Russland – sollte nun für Frieden sorgen.

Einer der Schwachpunkte der europäischen *balance of power* war jedoch Deutschland. Vor den Napoleonischen Kriegen hatte es auf dem Gebiet, aus dem anschließend Deutschland wurde, rund dreihundert deutschsprachige Staaten gegeben. Nach den Befreiungskriegen wurden daraus rund dreißig größere Einheiten, doch diese deutschen Staaten waren entweder zu stark oder zu schwach. Wann immer sie schwach und geteilt waren, führte das ihre Nachbarn, vor allem Frankreich, in expansionistische Versuchung. So wurde Deutschland etwa im Dreißigjährigen Krieg zum Schlachtfeld anderer Mächte. Andererseits schreckte die Vorstellung eines starken, geeinten Deutschlands die anderen Großmächte, insbesondere Frankreich. Deutschland war somit entweder Machtzentrum oder Machtvakuum – beides aber sorgte in Europa für Instabilität.¹⁵

[...]